

Potsdam

Nach Anzeige von Volker Beck Keine Ermittlungen gegen Fluxus Museum

Die Staatsanwaltschaft Potsdam ermittelt nicht gegen das Museum FluxusPlus wegen der inzwischen zu Ende gegangenen Ausstellung „Commune – Das Paradox der Ähnlichkeit im Nahostkonflikt“ des Künstlers Costantino Ciervo. Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck, hatte wegen eines dort gezeigten Bildes von Anne Frank mit einer Kufiya, einem Palästinensertuch, im Dezember Anzeige erstattet.

Laut Beck ignoriere das Kunstwerk die Verfolgungsbedingungen im Holocaust, verhöhne durch Banalisierung das Leiden der Opfer und greife so ihre Würde und ihr Andenken an.

Der Freundeskreis Yad Vashem sah eine Instrumentalisierung der 1945 im Konzentrationslager Bergen-Belsen ermordeten Anne Frank. Deren Darstellung mit einem Palästinensertuch „stellt eine eindeutige Holocaust-Verzerrung dar und ist nichts anderes als zynische Geschichtsverfälschung“, hieß es damals.

Antisemitismusbeauftragter Andreas Büttner hatte die Darstellung kritisiert und sich wegen mangelnder Dialogbereitschaft enttäuscht vom Museum gezeigt. „Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass bei mehreren Aussagen sowohl des Künstlers als auch des Museums keine Bereitschaft erkennbar war, auf das einzugehen, was wir angeregt haben“, hatte Büttner gesagt. Zuvor hatte er gemeinsam mit dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Potsdam, Evgueni Kutikow, das Museum aufgefordert, das Bild nicht mehr zu zeigen.



Die 1945 ermordete Anne Frank im Palästinensertuch.

Das Museum hatte die Kritik zurückgewiesen und vor einem staatlichen Eingriff in die Kunstfreiheit gewarnt. „In unserem Haus war und ist kein Platz für Antisemitismus – und wird es niemals sein“, hieß es. Das Haus sei aber auch „kein Nahost-Seminar“ sondern ein Kunstmuseum. Das Bild blieb hängen und wurde um eine Stellungnahme von Costantino Ciervo ergänzt. Die Staatsanwaltschaft teilte auf Anfrage mit, dass die Prüfung der Anzeige abgeschlossen sei. Einen Grund, weiter zu ermitteln, fanden die Staatsanwälte nicht. Die Ausstellung im FluxusPlus endete am 1. Februar.

Klaus D. Grote



Solche Solarparks sollen in Satzkorn und Uetz entstehen. Zudem sind bis zu zwölf Windräder geplant.

Sonnen-Euro Ausschuss stimmt für Einigung zu Solar- und Windparks

Von Klaus D. Grote

Potsdams Bauausschuss sendet ein Signal an den Finanzbeigeordneten Burkhard Exner (SPD). Der hatte darauf gedrängt, die Sonderabgabe der Energieunternehmen für die im Norden geplanten Windenergie- und Solarparks zur Konsolidierung des Haushalts zu verwenden.

Dabei sollen 75 Prozent dieser Abgaben direkt an die Ortsteile gehen. Das sieht eine Einigung mit der Bauverwaltung vor. Der Bauausschuss sprach sich einstimmig dafür aus. Nächste Woche entscheidet der Finanzausschuss.

Im Bauausschuss warb Martin Bressé, Ortsvorsteher von Uetz-Paaren, im Namen der Ortsbeiräte für die Einigung mit der Stadtverwaltung. Wie berichtet, wollen Stadt und Ortsteile 25 Prozent der Abgabe in gemeinsame Maßnahmen für den ländlichen Raum investieren.

Bis zu 1,5 Millionen Euro jährliche Einnahmen

„Wir zeigen, wie faire Teilhabe funktioniert“, sagte Martin Bressé am Dienstagabend. Er bezeichnete die entsprechende Beschlussvorlage als geeignet, auch den notwendigen Rückhalt für die Energieanlagen in den Dörfern zu erhalten. In Uetz hat sich eine Bürgerinitiative gegen den Bau einer 70 Hektar großen Solaranlage gegründet. Auch in Satzkorn gibt es Widerstände.



Martin Bressé, Ortsvorsteher von Uetz-Paaren, wirbt für den Beschluss zur Verteilung der Sonderabgabe.

Die nördlichen Ortsteile würden die Hauptlast der Potsdamer Wärmewende tragen und „einen Teil ihrer Landschaft für das Gesamtwohl der Stadt hergeben“, sagte Bressé. Bis zu zwölf Windräder könnten im Norden zusätzlich zu den beiden Solarparks in Uetz und Satzkorn errichtet werden.

Konkret geplant sind sechs Windräder auf dem Gebiet von Groß Glienicke, vier in Kartzow und je eine Anlage in Uetz und Paaren. Das einzige Windrad im südlichen Stadtgebiet könnte auf dem früheren Sago-Gelände im Templiner Forst errichtet werden.

Inklusive Gewerbesteuern und Abgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz geht die Stadt von Einnahmen von bis zu 1,5 Millionen Euro jährlich aus. Gewerbesteuern seien aber erst nach einigen Jahren zu erwarten, sagte Wolfram. Die Laufzeit der Energieparks soll 30 Jahre betragen.

Die Grünen-Co-Fraktionsvorsitzende Saskia Hüneke sprach mit Blick auf die Einigung von einem „historischen Moment“. Gleichzeitig wurde im Bauausschuss davor gewarnt, die Sonderabgabe könnte zur Konsolidierung des Haushalts verwendet werden.

Genau das hatte Finanzdezernent Burkhard Exner (SPD) nicht ausgeschlossen. Die Debatte um die Sonderabgabe gehöre in die Haushaltsdiskussion, so Exner. Stadtplanungschef Erik Wolfram hatte bereits davor gewarnt, den

Kompromiss aufzukündigen. Im schlimmsten Fall gäbe es dann keine Windräder, weil der Widerstand wachse.

Martin Bressé warb umso entschlossener für die Potsdamer Wärmewende, für den Abschied von fossiler Energie und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Stadtverordneten Andreas Menzel (Freie Wähler) und Chaled-Uwe Said (AfD) warnten, unter einem möglichen Haushaltsvorbehalt würde gar kein Geld in die Ortsteile fließen.

In einer späteren Beschlussvorlage soll konkret festgelegt werden, wie die ausgezahlten Gelder in den Ortsteilen verwendet werden. Laut Prognose werden 526.000 Euro Sonderabgaben pro Jahr für die Gesamtstadt erwartet. Auf Satzkorn entfielen in diesem Fall eine Summe von 158.000 Euro. Davon würde das Dorf direkt 118.000 Euro erhalten.

Das Geld könne für den Bau von Sport- und Spielplätzen, Strom- und Wasseranschlüssen an Festwiesen, die Gestaltung von Badewiesen, die Ausstattung von Sportvereinen oder mit Bildschirmen für Ortsinformationen verwendet werden, sagte Wolfram.

Häufig gewünscht werde die Anschaffung von Defibrillatoren für zentrale Orte. Für größere Investitionen wie neue Radwege oder ein Dorfgemeinschaftshaus könne die notwendige Summe auch angespart werden.